

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kub. Kofle, Kautschuk & Papier
G. J. Dautz & Co., Invalidendank.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Mittag-Ausgabe.
Posener Zeitung
Hundertster Jahrgang.

Nr. 888

Dienstag, 19. Dezember.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagspaltige Bettstelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 25 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Politische Uebersicht.

In den letzten Wochen des Juni veröffentlichten die Organe des „Bundes der Landwirthe“ und des „Deutschen Bauernbundes“, welcher bekanntlich sich mit dem „Bunde der Landwirthe“ verschmolzen hat, eine Liste von denjenigen Abgeordneten, „welche die Forderungen des „Bundes der Landwirthe“ vertreten wollen.“ Aus dieser Liste hat bereits der Abg. Rickert bei den Verhandlungen über den rumänischen Handelsvertrag Mittheilungen gemacht. Wir können heute dieselben noch ergänzen. In den beiden Listen waren je 64 Reichstagsabgeordnete verzeichnet. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete, Kaufmann Placke (Magdeburg 7), hatte sofort dagegen protestirt, daß er sich auf das Programm des „Bundes der Landwirthe“ verpflichtet habe; das betreffende Organ mußte daher auch eine Berichtigung bringen. Von den anderen Abgeordneten haben bekanntlich die Herren Damm, Piechel und Freiherr v. Stumm im Reichstage dagegen protestirt, daß sie sich auf das Programm des „Bundes der Landwirthe“ verpflichtet hätten. Von den Abgeordneten, welche in der Liste des „Bundes der Landwirthe“ stehen, haben für den rumänischen Handelsvertrag gestimmt die Herren: Bantleon, Fehr. von Stumm, Fehr. v. Unruhe-Bomst, Fehren, Graf Moltke, Böhm, Schulze-Henne, v. Elasti, Müller-Fulda, Piechel, v. Polczynski, Graf Skwilecki, v. Wenda, Feddersen. Ohne Entschuldigung fehlten: v. Chlapowski, Leuf, Gamp, Rothbart, Dr. Friedberg. Krank waren: Wiesche und Steinmann. Entschuldigt war Damm und beurlaubt Ulden. Die übrigen in der betreffenden Liste als solche aufgeführten Abgeordneten, „welche die Forderungen des „Bundes der Landwirthe“ vertreten wollen“, haben gegen den rumänischen Handelsvertrag gestimmt, darunter die Herren Fehr. v. Seyl, Dr. Hahn, Graf Driola und Schwerdtfeger.

Abg. v. Plöck hat in einer Bezirksversammlung des Bundes der Landwirthe in Stettin es als eine Schmach für die Regierungen bezeichnet, sich bei den Handelsverträgen auf Freisinnige, Sozialdemokraten und Polen stützen zu müssen. Die Antwort der Konservativen würden sie bei den Marineforderungen erhalten. Der Landwirtschaftsminister habe sich an der Debatte gar nicht betheiligt, natürlich, weil er nicht durste! Das ist „natürlich“ Unsin. Herr v. Heyden hat sich doch an den Kommissionsberatungen über die Handelsverträge betheiligt.

Die „N. A. Z.“ ist so freundlich, die Freisinnigen darauf aufmerksam zu machen, daß durch eine „Ferienagitation“ gegen die Tabakfabriksteuer „die Chancen der Freisinnigen in der Zukunft nur verschlechtert würden“ — und zwar zu Gunsten der Sozialdemokraten und des Bundes der Landwirthe. Weshalb mag wohl die „Norddeutsche“ sich den Kopf der Freisinnigen zerbrechen? Sollte sie Ursache haben, die Ferienagitation gegen die Tabaksteuervorlage, die unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags auf die Tagesordnung kommt, zu fürchten?

In der „Pos. Btg.“ wird daran erinnert, daß am 24. August 1848 sämtliche katholische Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung, darunter August Reichensperger, die Bischöfe von Mainz und Breslau durch den

General von Radowicz ein Manifest gegen die Zulassung der Jesuiten erließen, in dem es hieß:

„Der Jesuitenorden war im 16. Jahrhundert eine Aushilfe, um augenblicklichen Bedürfnissen der katholischen Kirche zu genügen, aber jetzt besteht für Deutschland ein solches Bedürfnis in keiner Weise. Der deutsche Episkopat, der deutsche Klerus bedürfen solcher Hilfe nicht, um ihre Aufgabe zu erfüllen, die deutsche Wissenschaft bedarf keiner Unterstützung solcher Art. Der Nutzen, den man sich aus dem Jesuitenorden für die katholische Kirche Deutschlands versprechen könnte, würde in gar keinem Verhältnis zu den tiefen Störungen und Gefahren stehen, welche seine Gegenwart hervorrufen müßte.“

So denken auch heute noch viele deutsche Katholiken, die es leider nicht wagen, öffentlich gegen die Jesuiten aufzutreten.

In der französischen Deputirtenkammer interpellirte der Deputirte Turrel die Regierung über die Handelsbeziehungen Frankreichs zu Oesterreich.

Beide Länder hätten, so führte der Redner aus, sich gegenseitig das Meistbegünstigungsrecht zugesprochen. Oesterreich weigere sich aber, Frankreich die Ermäßigung zuzugestehen, welche es im August 1892 den italienischen Weinen bewilligte. Der Redner hebt die Wichtigkeit des österreichischen Marktes für die französischen Weine hervor. Der Ministerpräsident Casimir Périer erinnert daran, daß Frankreich und Oesterreich im Jahre 1884 sich den niedrigsten Tarif zugesprochen. Im Jahre 1892 sei durch besondere Abmachungen der österreichische Zoll auf italienische Weine auf 12 Franken herabgesetzt worden. Oesterreich sage nun, daß sie keine Tarifermäßigung, sondern eine der Grenzzone gemachte Konzession. Nachdem diese Weine einmal die Grenze passiert hätten, würden sie indessen leicht weiter verbreitet, deshalb habe Frankreich auch reklamiert und die eingeleiteten Verhandlungen würden fortgesetzt. Oesterreich müsse Frankreich unfreilich den niedrigsten Tarif zugestehen. Die Regierung hoffe Befriedigung dieser Forderung zu erlangen, andernfalls würde sie zu ihrem großen Bedauern gezwungen sein, andere Maßregeln zu ergreifen.

Die von Turrel vorgeschlagene Tagesordnung, die Erklärung der Regierung zur Kenntnis zu nehmen, wird hierauf angenommen.

Der vom schweizerischen Bundesrathe der Bundesversammlung unterbreitete Entwurf eines Gesetzes gegen die Anarchisten bestimmt im Wesentlichen Folgendes:

Wer zu verbrecherischen Handlungen aufmuntert, welche das Leben von Personen in Gefahr bringen, wird mit Zuchthaus bestraft, und zwar von mindestens 5 Jahren, wenn die Absicht des Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung vorliegt. — Wer Sprengstoffe, von denen er weiß, daß sie zu Verbrechen gebraucht werden sollen, herstellt, aufbewahrt oder damit umgeht, wird mit mindestens 5 Jahren Zuchthaus bestraft. — Wer Sprengstoffe zu verbrecherischen Zwecken gebraucht, wird mit zehnjährigem bis lebenslangem Zuchthaus bestraft. — Wer einen Menschen, der den verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen plant oder Sprengstoffe zu verbrecherischen Zwecken gebraucht, der Behörde nicht anzeigt, wird mit Gefängnis von mindestens 3 Monaten bestraft. Wird die Aufmunterung oder Anleitung zu Verbrechen, welche das Leben von Menschen in Gefahr bringen, durch die Presse begangen, so werden diejenigen, welche zur Verbreitung oder Verbreitung der Schrift wesentlich mitgewirkt haben, mit Geldstrafe bis zu 10 000 Franken oder mit Gefängnis oder mit beiden bestraft.

Man sieht der Gesetzentwurf trägt den Charakter des Gelegenheitsgesetzes ziemlich deutlich an der Stirn.

In England hat die Haltung Gladstones in der Flottenfrage in den Reihen der Opposition eine hochgradige Verstimmung hervorgerufen. Die ministeriellen Blätter sind dagegen über den vom Premier angekündigten

Unterantrag entzückt, da sie hoffen, derselbe werde die unionistische Opposition in die wenig beneidenswerthe Lage versetzen, die Wehrhaftigkeit des Reiches zu einer Parteifrage gemacht zu haben, was von der „Times“ nicht mit Unrecht bestritten wird. Das Cityblatt thut nämlich dar, daß der Hamiltonsche Flottenverstärkungs-Antrag lediglich den Zweck haben konnte, der Regierung Gelegenheit zu geben, sich mit der öffentlichen Meinung in Eine Linie zu stellen und prompte Fürsorge gegen die bereits großen, täglich wachsenden Gefahren zu treffen. Mittlerweile hat Labouchere seinen Antrag auf Abschaffung des Oberhauses angekündigt. Derselbe fordert die Vorlage einer Bill zur Abschaffung aller erblichen Rechte oder jener Rechte, welche aus dem Besitze eines Bisthums herrühren, im Parlamente zu sitzen und zu stimmen. Der Antrag wird damit begründet, daß das Bestehen eines Zweiges der Legislatur, deren Mitglieder nicht von ihren Mitbürgern erwählt seien, gegen den Grundsatz der Selbstregierung verstoße, daß die Thatfache, daß die Meinungen der großen Mehrheit derer, die im Hause der Lords sitzen und stimmen, stets von einer und derselben politischen Parteilinie seien, es unmöglich mache, die Regierung des Landes in Gemäßheit der Wähler durchzuführen, wenn je diese Ansichten jenen der besagten Mehrheit entgegen seien.

Deutschland.

Berlin, 18. Dez. [Zur Weinsteufrage. Die Landtagsession.] Nach einer Mittheilung des Abg. v. Cuny, die der Kreuznacher Generalanzeiger veröffentlicht, will die Regierung auf die jetzige Weinsteuern dem Vernehmen nach verzichten und eine neue Form suchen, die die Weinsteuern wirklich den Konsumenten auferlegt. Wir bringen diese Angabe nach einem Telegramm des Tageblatts und kennen nicht den Wortlaut der Mittheilung des genannten Abgeordneten an seinen Kollegen Engelsmann, an den nach dem Kreuznacher Blatt die Eröffnung gerichtet worden ist. Wahrscheinlich klingt die Sache nicht. Sind die verbündeten Regierungen auch sicher, daß die Weinsteuern in ihrer jetzigen Form fallen wird, so werden sie schwerlich den ersten Schritt thun, um ihr eigenes Werk zu zerstören. Vermuthlich hat Herr v. Cuny erfahren, was auch sonst schon bekannt ist, daß nämlich der Bundesrath mit jeder anderen, etwa vom Reichstage zu beschließenden Form der Weinsteuern einverstanden sein wird, um zu retten, was nur irgend zu retten ist. Im Reichstage ist die Stimmung gegen die Weinsteuern eine derart einmüthig unfreundliche, daß es dem preussischen Finanzminister und dem Schatzsekretär als ein Erfolg erscheinen wird, wenn sie zunächst die Kommission und später das Plenum dazu bringen, es bei dem unwirksamen Reim, das jetzt aus allen Aeußerungen von Abgeordneten aller Parteien herauszuhören ist, nicht einfach bewenden zu lassen. Verschiedentlich ist die Meinung da, eine Steuer auf Schaumwein zu legen, die als Luxussteuer ausgesprochenen Natur gedacht und durchgeführt werden soll. Ob es selbst nur dahin kommt, erscheint jedoch auch noch fraglich. Eine der größten Schwierigkeiten, die bei der Weinsteuern droht, diese mag welche Beschaffenheit immer haben, ist die Verhinderung der überlästigen Kontrollmaßregeln, unter die die Winzer gestellt werden sollen.

Römischer Brief.

Von Konrad Telmann.

[Nachdruck verboten.]

Endlich vorüber ist sie für Rom, die parlamentarische, die schreckliche Zeit! Was ist Rom ohne sein Parlament auf Monte Citorio; ohne seine „Onorevoli“, die cylinderbedeckten Deputirten, die aus den Provinzen hierher kommen, um im Café Aragno bei einem Vermouth hunderlang, die nie brennenden Monopolisgarren rauchend und um sich spüend, die Geheimnisse der hohen Politik vor einer andächtig lauschenden Corona abzuhandeln, — in diesem Café Aragno, an dessen Marmortischen schon so viele politische Komplotte geschmiedet, Minister gestürzt und neue Ministerlisten entworfen worden sind, wo so oft entscheidende Voten über brennende Tagesfragen beraten und beschlossen wurden, — was ist es ohne die Möglichkeit überhaupt, zu politisieren, eine Beschäftigung, der hier jeder Zeitungsträger und jeder Festseugehilfe fröhnt, fröhnen muß, um Freude an seinem bischen Dasein zu haben? Denn Rom ist eine im eminenten Sinne politische Stadt, es lebt und webt in der Politik, der gegenüber alle anderen Interessen schweigen müssen. Und es ist erst wieder Rom, seit das Parlament eröffnet ist; — nun beginnt die „Saison“, nun ist der Hof zurückgekehrt, nun zieht der Adel, dessen Mitglieder ja zum guten Theil den gesetzgebenden Körperschaften angehören, in seine alten Paläste wieder ein. Bis dahin gehörte Rom den Fremden mit den rothen Büchern, den Hochzeitsgästen, den Ruinenswärtern und Galerienbesuchern, — lauter Menschheitspezies, die vom heutigen Rom nichts wissen und um die sich das heutige Rom — soweit es von ihnen nichts lernen kann, — nicht kümmert.

Unter Sturm und Regen, unter Donner und Blitz hat die Parlamentsöffnung stattgefunden. Seit Wochen überhaupt ist in Rom Alles grau in grau, — nach einem sonnengoldenen Spätherbst, wie er kaum je herrlicher über der Siebenhügelstadt seinen Himmel ausspannte, ein Winteranfang von trostloser, nordischer Schwermuth und Eintönigkeit. Schon hat der Tiber, dessen Uferregulation noch immer nicht beendet ist, — eine von den vielen, vielen modernen Unternehmungen, die Rom zu einer Großstadt machen sollen und nie fertig werden, — seine Wasser in die niedrigen Gassen von Trastevere ergossen, wo man mit Räubern den Verkehr aufrecht erhält, und noch immer stürzen die himmlischen Fluthen nieder, als sollte Alles heimgezahlt werden, was die schreckliche Dürre dieses Frühjahrs und Sommers der Campagna schuldig blieb.

Ein böses Omen, diese Eröffnung des Parlaments, das mit so wenig trostreichen Erwartungen in seine neuen Sitzungen geht und indem es bald genug von allen Seiten her donnern und blitzen wird! Hat sich in diesen Sessionsferien doch nur allzuviel Mühe aufgesammelt, und wer weiß, ob nicht — und wie bald! — irgendwo der Funke aufsteigt? Die Bankstaudale, die Affaire Pinto-Chaubet, die Finanzskandalitäten, — das sind schwere Gewitterwolken über dem Haupte der heutigen Regierung. Und was beweist demgegenüber eines Ministers nie verzagende Beredsamkeit in Programmen und Interviews! Mit Worten, so töndend sie auch vom Munde des Premiers strömen, hat man noch nie ein Schifflein zwischen drohenden Klippen glücklich hindurchgeleitet. Rom verlangt endlich einmal Thaten. Wenn man nur die Männer kennt, auf die man sich blindlings verlassen dürfte, die Tage des Ministeriums wären sicher schon gezählt. Aber selbst gegen Panardelli und Crispi hegt man heute jenes Mißtrauen, das seit den

Bankstaudalen allen im öffentlichen Leben stehenden Männern gegenüber das Zeichen der Zeit innerhalb der gesamten Wählerschaft ist. Und doch ist, wenn diese Zeilen in den Druck gehen, wohl längst ein neues Ministerium am Ruder.

Denn man will und muß endlich aus dieser wachsenden Finanzmisere heraus, durch die Italien nun nachgerade berühmt geworden ist. Aber daß jede rationelle Finanzwirtschaft zuerst mit Sparen und Einkneifen anfangen muß, diese Einsicht ist den Römern bis heute noch nicht gekommen. Als Beispiel dafür kann dienen, daß der im Stadtrath eingebrachte Antrag, die Giandola — das alljährlich am Verfassungsfest stattfindende, große Feuerwerk auf der Engelsburg, das der Stadt 40 000 Lire kostet, — wegzulassen zu lassen, nicht zur Annahme gelangt ist. Rom will auf sein Vergnügen nicht verzichten. Rom hungert lieber, als daß es seine Schaulust unbefriedigt läßt. So geht es im Kleinen, so im Großen. Amüsant ist, daß der obige Antrag mit der Motivirung abgelehnt worden ist, daß Rom für die Armen (für welche die Antragsteller die ersparte Summe verwandt wissen wollten) mehr thue, als irgend eine andere italienische Stadt. Das ist möglich, aber wie erklärt es sich denn, daß man in Rom keine Straße passiren kann, ohne auf die aufdringlichste Weise angebetelt zu werden, daß Einem vor allen Kirchenthüren, an öffentlichen Plätzen und an den Zugängen zu allen Villengärten und Promenaden die widerlichsten Krüppelerichtheiten, oft unter Vorweisung ihrer Gebreite, um Almosen anflehen? Für eine werdende Großstadt sind das ungläubliche Zustände, und die Polizei schaut thatenlos, wie immer, dabei zu.

Und nun gar mitten in dieser finanziellen Krise, die durch den Goldzwang bei Zollzahlungen und durch die Brotertheuerung wahrlich nicht vereinfacht wird, — der Stadtrath „studirt“ die

Hier hauptsächlich steht der zähe Widerstand der Weinproduzenten ein, und diese schonungsbedürftige, schon jetzt schwer belastete Erwerbsklasse verdient Glauben, wenn sie immer wieder erklärt, daß sie unter dem Damoklesschwert der fiskalischen Kontrolle nicht werde existieren können. Unter der Fülle von Fragen, die das unselige Weinsteuergesetz in den Vordergrund gebracht hat, findet sich auch eine, die öffentlich bisher nicht genügend behandelt worden ist. Sie betrifft die Bevorzugung der sogenannten Grenzfirmen. Es sind das französische Champagnerfirmen, die zur Umgehung des schon bestehenden Zolls auf Champagner Niederlagen dießseits der Grenze errichtet haben und die so in Stand gesetzt sind, der aufstrebenden deutschen Champagnerfabrikation schärfere Konkurrenz zu machen. In Eingaben an die Regierung ist schon wiederholt verlangt worden, daß die Ungerechtigkeit, die in diesem Verhalten liegt, durch angemessene Auslegung der gesetzlichen und Verwaltungsbestimmungen beseitigt werde. Einen Erfolg haben diese Schritte bisher nicht gehabt. Wird jetzt die Frage einer Besteuerung der Schaumweine ernstlicher in Angriff genommen, so wird es die Aufgabe sein, zunächst an diesem Punkte einzuschneiden. Vielmehr, es sollte und könnte das auch dann geschehen, wenn jede Art von Reichweinsteuer, wie ja zu hoffen ist, abgelehnt wird. — Es ist schon früher offiziös mitgeteilt worden, daß der Arbeitsstoff für die preussische Landtagsession auf ein möglichst geringes Maß eingeschränkt werden soll. Namentlich Herr Miquel will seine Kraft für die Steuerberatungen im Reichstage aufsparen und möchte nicht durch die Landtagsverhandlungen allzusehr abgelenkt werden. Die für den Landtag angekündigten Vorlagen werden denn auch den Finanzminister nur wenig in Anspruch nehmen. Vielleicht sind es die Wünsche des Herrn Miquel, denen für jetzt die Neuordnung des Verhältnisses der allgemeinen Finanzverwaltung zur Staatsbahnenverwaltung zum Opfer fallen muß. Jedenfalls wird diese hochwichtige Reform nicht zu den Aufgaben der kommenden Landtagsession gehören. Die Vorlage gegen Güterzertrümmerungen wird bestimmt an den Landtag gebracht werden. Sie ist im Justizministerium ausgearbeitet; es ist aber keine Frage, daß der Entwurf in Gemeinschaft sowohl mit dem Landwirtschaftsminister wie mit Herrn Miquel vorbereitet worden ist. Herr Miquel will dem Staatsministerium eine Denkschrift über Agrarreform überreichen. Der erwähnte Gesetzentwurf behandelt einen Stoff, der durchaus in dies Gebiet gehört und dessen Heraushebung aus der gesamten Materie hiernach mit dem Einverständnis und unter tätiger Beihilfe des Finanzministers erfolgt sein dürfte. Ist an und für sich die Beschränkung der Landtagsarbeiten durch äußerliche Gründe mindestens erklärlich, so scheint es doch, als ob mit dieser Beschränkung des Guten etwas zu viel gethan würde. So soll das von großen Parteien des Abgeordnetenhauses wiederholt geforderte, vom Staatsministerium auch zugesagte Komptabilitätsgesetz wiederum nicht eingebracht werden. Ebenso wird die Erklärung von Danzig, Stettin und Kiel zu Freihäfen für jetzt noch nicht kommen. Das ist um so bedauerlicher, als die im nächsten Jahre bevorstehende Eröffnung des Nordostseefanals sofort ihren Einfluß auf die Schifffahrtsverhältnisse in der Ostsee ausüben wird. Gerade um der Vorteile des neuen Handelsweges unverzüglich theilhaftig zu werden, sind die Handelsvertretungen der genannten Städte bestrebt, ihren Orten den Freihafen-Charakter zu sichern. Die bedeutenden baulichen Anlagen, die der Erklärung zu Freihäfen vorangehen müßten, sollten aber nicht länger als unbedingt nötig hinausgeschoben werden. Die drei Städte sind bereit, sehr ansehnliche, in die Millionen gehende Beiträge zu leisten. Die Zuschüsse des Staates werden freilich trotzdem erheblich sein müssen, aber sie dürfen keinen Grund abgeben, mit einer Einrichtung zu zögern, deren Nutzen allseitig erkannt wird. Man muß berücksichtigen, daß auch Kopenhagen Freihafen werden soll. Die dänische Regierung will der Ablenkung des Schifffahrtsverkehrs, die

ihrem Lande vom Nordostseefanal droht, durch Schaffung bequemer Verkehrsbedingungen begegnen.

L. C. Aus Westfalen, 17. Dez. Der antisemitische Abg. Leuß hat am 13. d. Mts. in Minden in einer antisemitischen Versammlung gesprochen und dabei nach dem Bericht der „Mind. Stg.“ der nationalliberalen Partei das Kompliment gemacht, daß sie sich auf dem besten Wege der Entwicklung in eine antisemitische Partei befände. Daß er bei der Abstimmung über den Antrag wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes ohne Entschuldigung gefehlt habe, erklärte Herr Leuß also: „Er sei ein entschiedener Gegner des Gesetzes und würde auch für dessen Beseitigung eingetreten sein. Er habe jedoch das dumpe Gefühl gehabt, als wenn mit dem Centrum ein unwürdiger Kuhhandel abgeschlossen würde und da sei er in besserer Entrüstung davon gelaufen und habe nicht „ja“ und nicht „nein“ mehr sagen mögen.“ (Stürmisches Gelächter!) Bezüglich der Einnahmen aus den Entreegeldern gab Herr Leuß die interessante Erklärung ab, daß die Ueberläufer zur Deckung der Wahlschulden verwendet würden. So habe er sich in seinem Wahlkreise für 1000 Mark Wahlschulden verbürgt und diese Schulden würden von den Erträgen der Versammlungen bezahlt. (Große Heiterkeit.) Die Redaktion bemerkt dazu: „Wir sind doch neugierig zu erfahren, bei welcher Person Herr Leuß nach seinen Fallimenten denn noch einen Kredit von 1000 M. genießt. Oder ist für Herrn Leuß das von ihm betriebene politische Geschäft so lukrativ, daß er sich inzwischen in eine glänzendere Vermögenslage hineingearbeitet hat?“ — Daß Herr Leuß Gegner des Jesuitengesetzes ist, ist bekannt. Während einer Erwiderung des Rabbiners Klemmsohn verließ Leuß unter unbeschreiblichem Lärm die Versammlung, die nur in Folge des Eingreifens der Polizei ohne tätliche Angriffe zu Ende ging. **W.B. München, 18. Dez.** (Kammer der Abgeordneten.) Bei der heute begonnenen Spezialberatung des Etats des Ministeriums des Innern beantragte Grillenberger in längerer gegen den Minister gerichteten Rede die Verwerfung des Postens „Ministergehalt“. Der Minister des Innern, Hr. v. Feilitzsch, trat den seitens der Sozialisten aufgestellten Behauptungen entgegen und erklärte u. a., die Entschädigung des Ministeriums sei längst erlassen worden, durch welche die Errichtung von Gewerbegerichten empfohlen werde. Die Staatsregierung sei für Einführung der Gewerbeämter, die sei aber Sache der Gemeinde. Was die angeführten Verbote von Versammlungen angehe, so würden dieselben durch die Reichs-Strafgesetzsatzung gerechtfertigt. Die Sozialisten hätten in den Vereinen die Religion, Monarchie und die Staatsgewalt, die edelsten Güter der Nation, auf das Unerhörteste angegriffen. Der Minister appellirte schließlich gegenüber den Sozialisten an die Kammer. Auf stimmte im Namen der Liberalen dem Minister bei, ebenso Dr. Ritter im Namen des Centrums. Das Ministergehalt, sowie die nächsten Kapitel des Etats wurden genehmigt.

Aus dem Gerichtssaal.

*** Breslau, 17. Dez.** Unter ungeheuerem Andrang wurde gestern (17.) Abends in dem Senationsprozeß gegen den sehr reichen und angesehenen Wurfabrikanten Karl Giesche, eine staatsbekannte Persönlichkeit, das Urtheil öffentlich verkündet. Giesche, welcher angeklagt war, Zahlrelang an einundzwanzig in seinem Geschäft angestellten Personen und jetzt als Zeugen auftretenden Mädchen Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben, wurde schuldig befunden, an jenen Mädchen in sieben Fällen Nothzucht verübt oder unzüchtige Handlungen mit Gewalt verübt zu haben. Das Urtheil des Gerichtshofes lautet wegen dieser sieben Fälle auf eine Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre. Der Verurtheilte steht im 65. Lebensjahre. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

O. M. Berlin, 16. Dez. Am 11. d. M. kam vor dem Oberverwaltungsgericht ein Rechtsstreit zur Erledigung, welchen die Polizei in Ragnit gegen den Schankwirth Billin wegen Entziehung der Schankkonzession eingeleitet hatte. Es wurde dem Beklagten zur Last gelegt, daß er Glückspiele in seinem Lokal gebauet habe; deswegen und wegen Uebertretung der Polizeistunde sei er auch bestraft worden. Nicht nur der Kreisaußschuß Ragnit, sondern auch der Bezirksauschuß in Gumbinen erkannten nach dem Klageantrag auf Entziehung der Schankkonzession. Der Bezirksauschuß war der Ansicht, daß die Uebertretungen der Polizeistunde nicht als ein durchschlagender Grund angesehen werden könnten, um dem Beklagten die Konzession zu entziehen, ebensowenig die einmal erfolgte Beauftragung wegen Duldung des Hazardspiels Vingt-un. Besonders belandend für den Beklagten wurde aber der Umstand erachtet, daß er in seinem Lokal sechs und dreißig um Einsätze bis zu 40 M. spielen ließ, wobei einmal ein dortiger Bürger beinahe 300 M. verspielte. Sechshundert ist zwar an sich kein Glückspiel, doch im Hinblick auf die hohen Verluste müsse es im vorliegenden Falle als Hazardspiel angesehen werden. Wegen der Entscheidung kämpfte der Beklagte mit dem

Rechtsmittel der Revision an, indessen ohne Erfolg; das Oberverwaltungsgericht billigte zwar die Gründe der Vorentscheidung nicht, hielt aber das Urtheil des Bezirksauschusses für gerechtfertigt. Der Vorderrichter irre, wenn er erkläre, ein Spiel, welches kein Glückspiel sei, könne durch die Höhe der Einsätze zu einem Glückspiel werden. Bei freier Beurtheilung der Sache gelange aber der Senat zu demselben Ergebnis wie der Vorderrichter. Nach Ansicht des Senats ist es nicht nöthig festzustellen, daß der Schankwirth das Hazardspiel bereits befördert habe, es sei schon hinreichend, wenn die Feststellung erfolge, daß für die Zukunft vom Beklagten eine Förderung des Glückspiels zu beorgen sei. Der Beklagte habe nun das Sechshundertspiel zu hohen Einsätzen nicht nur geduldet, sondern dazu sogar anwirte. Hieraus könne mit Recht gefolgert werden, daß der Beklagte bei günstiger Gelegenheit kein Bedenken hegen würde, in seinem Lokale verbotene Hazardspiele zu dulden.

*** Berlin, 16. Dez.** Unter der Anklage des Raubes standen der Jellenhauer Richard Albrecht, der Klempner Friedhelm Schmidt und der Buchdrucker Gustav Kugel vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Sie befanden sich eines Tages in einem Schanklokal der Alten Jakobstraße, in welchem auch der Tischler Priewe saß. Letzterer wurde auf dem Heimwege plötzlich von mehreren Männern überfallen, erhielt Faustschläge ins Gesicht und man raubte ihm das Geld, welches er bei sich trug. Für die dreifache That wurden die drei Angeklagten von der Anklagebehörde verantwortlich gemacht. Auf Grund einer umfangreichen Beweisaufnahme gewannen die Geschworenen die volle Ueberzeugung von der Schuld der beiden ersten Angeklagten, während gegen Kugel der Wahrspruch auf Nichtschuldig lautete. Albrecht wurde zu sieben Jahren, Schmidt zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Vermischtes.

*** Aus der Reichshauptstadt, 18. Dez.** Die Verlegung des kaiserlichen Hoflagers vom Neuen Palais bei Potsdam nach Berlin wird zwischen Weihnachten und Neujahr erfolgen. Die Feier des Weihnachtsfestes wird in Potsdam abgehalten, die Neujahrsfeier erfolgt in Berlin in hergebrachter Weise im künftigen Schlosse. Die kaiserliche Familie gedenkt bis Anfang Mai in Berlin zu residiren. Ein Frühlingsaufenthalt des Kaiserpaars und der kaiserlichen Kinder auf Schloß Urvilla sei allerdings geplant, indessen Näheres darüber noch nicht festgelegt.

Ueber Umfang und Behandlung der Influenza wird auf Anregung des Reichsgesundheitsamts gegenwärtig wieder in allen Bundesstaaten eine Erhebung vorgenommen. Schon vor zwei Jahren wurden Erhebungen hieüber veranstaltet.

Die Furcht vor einem Dynamit-Attentat hat dieser Tage auch in der Familie des Professors Rudolf Virchow einige Aufregung hervorgerufen. Dem Gelehrten wurde durch die Post ein Muster-Päckchen überliefert, das einen kleinen Sack mit „Samen“ enthalten sollte. Da die Marke von dem Päckchen entfernt war, konnte der Gelehrte aus einem Aufbruch zunächst nur feststellen, daß die Sendung aus einem Lande komme, wo Spanisch gesprochen wird. Eine Sendung dieser Art wurde von Virchow weder erwartet, noch war sie ihm sonstwie angekündigt. Man schöpfte daher in der Familie ersten Verdacht und die Gattin des Gelehrten widerlegte sich ganz energisch der Oeffnung des geheimnißvollen Päckchens. Zum Glück kam bald darauf ein Brief aus Santiago, der Verurteilung brachte. Das Päckchen enthielt thaischische Samen und zwar von Chenopodium quinoa, einer in Bolivien und Chile angebauten Pflanzung, die neuerdings auch in Rußland zur Herstellung von Hungerbrot benutzt worden ist. Der Absender ist ein alter Freund Virchows, der jetzt im 85. Lebensjahre stehende Gelehrte Dr. Philippi.

Polnisches.

Polen, 19. Dezember.

* Auf das Dementi des Herrn Erzbischofs in der „Germania“, daß von polnischen Blättern gegen uns auszunutzen versucht ist, möchten wir noch Folgendes erwidern: Wenn der Herr Erzbischof erklärt, daß der Reichskanzler ihm weder offiziell noch vertraulich eine Nachricht „von einem gefaßten Ministerialbeschlusse“ hinsichtlich der Sprachenfrage habe zukommen lassen, so wird er damit ganz gewiß Recht haben. Aber er berichtigt da doch etwas, was wir nie als behauptet haben. Wir haben nicht behauptet, daß der Reichskanzler sich hingelegt hat, um Herrn v. Stabilewski die ganz überflüssige Mittheilung von einem „gefaßten Ministerialbeschlusse“ zu machen. Wohl aber haben wir behauptet, daß vorher, vor der entsprechenden Entschliessung der Staatsregierung, ein vertraulicher Schriftwechsel zwischen

tere Frage schon längst eingehend, ohne aber der Wäcker-Camorra hier das Handwerk zu legen, — das wieder aufgetauchte Projekt einer nationalen Ausstellung in Rom für das Jahr 1895! Man glaubt seinen Augen nicht trauen zu dürfen, wenn man die täglichen Zeitungsnotizen und die meterlangen Affischen darüber an allen Straßenecken liest. Glaubt man wirklich durch das Risiko einer Ausstellung das Defizit im Stadt- und Staatshaushalt erfolgreich bekämpfen zu können? Oder spielt hier nur die nationale Eitelkeit den Römern einen Streich? Sind es Einzelinteressen, die hierbei ins Spiel kommen und den Ausschlag geben? Chi lo sa?

Das Projekt war bereits fallen gelassen, da Giolitti seine Hand davon abgezogen. Neuerlich zeigte er sich dem Unternehmen wieder günstig, um seinen wankenden Sessel zu stützen, und gleich ist wieder ein Komitee da, das mit Feuereifer aus Werk geht und Versammlungen über Versammlungen mit allem Pathos der patriotischen Phrasen einberuft. Der „Onorevole“ Villa und der Sohn des großen Garibaldi, Menotti mit Namen stehen an der Spitze. Wie diese ganze Tragödie enden wird, muß dahingestellt bleiben. Vielleicht wird den Römern die Sicherheit, daß sie eine Ausstellung haben werden, schon als Weihnachtsgeheimnis offertirt. Und der Jubel darüber wird in einzelnen Kreisen groß sein, die Uebri gen wird er allmählich anstecken und mit fortreißen. Soll Rom nicht, was es genau so, wie in vorchristlichen Zeiten noch heute begehrt, „panem et circenses“ haben, so wird es, vor die Wahl gestellt, immer noch die „circenses“ dem „panis“ vorziehen. Beide Fragen sind heute wieder einmal so „brennend“ auf der Tagesordnung, wie nur je seit Roms Gründung. Worin die weiteren Weihnachtsgeheimnisse für Rom bestehen werden? Zwei sind ihm seit Kurzem bereits vorweg zu Theil geworden, und die wiedergelebten Onorevoli begrüßen sie mit Staunen. Erstens hat Rom sein elektrisches Licht und zweitens hat es seine Normaluhr bekommen.

Das erstere hat unterhältnismäßig lange gedauert, denn wo waren die Anlagen dafür leichter und billiger herzustellen, als in Rom, das eine Wasserfälle von Tivoli vor den Thoren hat? — Das letztere kam „um so überraschender. Alle Hauptstraßen Roms erstahlen heute im blauen Licht der Gaslampen, während die Seitengassen freilich noch immer darauf lauerten; — möchte es die Seitengassen freilich noch mehr Licht überhaupt in Rom einbringen.

ziehen wird, das dieselben auf vielen Gebieten ja so dringend bedarf! Charakteristisch genug ist es, daß es erst des deutschen Kaiserbesuches im Frühjahr bedurfte, um die erste Straße in Rom, die damalige Einzugstraße via Nazionale, mit elektrischem Licht zu versehen!

Und die Normaluhr? Ja, das ist so eine eigene Sache. Die Römer sind nämlich dahinter gekommen, daß der Tag eigentlich 24 Stunden hat und daß es deshalb gänzlich unlogisch ist, um 12 Uhr Mittags wieder von vorne anzufangen und mit 1 fortzufahren, zumal man in Rom nicht, wie anderswo, einen so schroffen Unterschied zwischen Tag und Nacht macht. Wenn man hier z. B. um 11 Uhr zur Audienz bei der Königin befohlen wird, so würde man als beschränkter Nordenpöpel am Ende auf den Gedanken kommen, daß damit der Vormittag gemeint sei, während thatsächlich diese Audienzen um 11 Uhr Nachts stattfinden. Und um solche und ähnliche ärgerliche Mißverständnisse auszuschließen, haben wir nunmehr eben die Normaluhr. Wenn die Audienz also auf 22½ Uhr anberaumt wird, wie jetzt geschehen muß, so weiß jeder, woran er ist. Einfaßliche Menschen giebt es ja natürlich heute, wie immer, die über diese Neuerrichtung spötteln, sie nicht nur geschmacklos, sondern auch — besonders im Hinblick auf die internationalen Eisenbahnfahrpläne — äußerst unpraktisch und verwirrend finden, aber solchen Leuten es recht zu machen, hat die italienische Regierung keinen Anlaß. Von allen Reformen, die das Volk ungetrüb und dringend fordert, ersieht ihm diese als die wichtigste von allen, und man wird sich ihrer höheren Einsicht beugen müssen. Schade nur, daß die einzigen Leute, die davon profitieren, die — Genfer Uhrmacher sind, bei denen die Tausende von Normaluhren für die Beamten-Region Italiens bestellt worden sind, und nicht die heimische nothleidende Industrie.

Ja, es geht nichts über den klaren Blick einer für die Wohlfahrt der Unterthanen bedachten Regierung. Was sichert es sie, daß ganz Rom über diese neue, väterliche Maßregel lacht und weilt? So hat man einst auch gelacht, als die grünen Postkarten fürs Ausland zum Unterschied von den gelben, inländischen eingeführt wurden, mit denen sie den gleichen Preis haben. Und kein Mensch lehrte sich an den Unterschied. Heute sind die grünen Postkarten bereits wieder spurlos verschwunden und auf den gelben muß man hinter dem vorgedruckten Wort „provincia“ das aus-

wärtige Land aufführen, in das man schreibt, — wahrlich ein ekkantisches Zeichen für den italienischen Universalismusbübel! Auch an die „Normaluhr“ kehrt sich kein Mensch. Aber offiziell ist sie da. Ob sie ebenso wieder verschwinden wird, wie die grünen Postkarten?

Ganz und gar nicht weihnachtlich ist die Stimmung in Rom. Alle Welt streift. Nun haben wir gar den großen Telegraphenstreik gehabt, — böse Zungen behaupten, er wäre obrigkeitlich veranlaßt worden, damit die Niederlage und der Sturz des Kabinetts nicht so bald in alle Welt hinausgetragen werden können. Soldaten und Frauen mußten als Freiwillige an die Apparate. Aber die Verwirrung war heilös. Die Zeitungen wußten nicht mehr, womit ihre Spalten füllen. Man konnte sich in ein idyllisches Zeitalter zurückträumen. Und wie wenig idyllisch geht es doch gerade jetzt in Italien zu!

Sizilien droht vollends zum italienischen Irland zu werden; die Blätter sind angefüllt mit Berichten über Hunger, Elend, unglaubliche soziale Zustände und offene Revolte dort. Und der Eigenthümer des offiziellen „Popolo Romano“, ein Mann von sehr bewegter, keineswegs todlicher Vergangenheit, wurde wegen Unterschlagungen und Betrügereien verhaftet, — derselbe, der als Sozialist Rathgeber lange Zeit hindurch als einer der Mächtigen in der Liberaldemokratie galt! Wahrlieh: schlechte Weihnachten für Rom! Und übel angebracht die pharisäische Entrüstung des „monarchischen“ Italiens über die Banamastanale des „republikanischen“ Frankreichs! Peccatur intra muros et extra!

Der Dreibund hat von alledem übrigens kaum etwas zu fürchten. Seit den Toulouser Ruffenfeiern und dem Besuch des englischen Gesandten in Spezia weniger, als früher, — trotz der offenen und versteckten Versuche der biesigen Radikalen, mit Frankreich in ein besseres Einvernehmen zu kommen, und trotz der Vorwürfe der italienischen Presse, Deutschland lasse seinen Verbündeten in seiner schweren Finanzkrise jetzt im Stich. Aus dieser Sicherheit mag man den einzigen Trost schöpfen an der Netze eines für Italien so verhängnisvollen Jahres.

der Wilhelmstraße und dem Palais auf der Wallischei stattgefunden hat. Diese Nachricht läßt der Herr Erzbischof vorsichtigerweise stehen wie sie ist. Sollte er uns wirklich so arg mißverstanden haben? Eine Antwort wäre dankenswerth, aber wir bezweifeln, daß sie kommen wird.

Pöfales.

Pöfen, 19. Dezember.

* Vom Sekretariat der hiesigen Handelskammer wird uns folgendes mitgetheilt: Der Herr Regierungspräsident hat an die Polizeiverwaltungen eine Verfügung erlassen, daß Petroleum, welches nicht aus Originalgebinden mit bestimmten Stempeln herrührt, einer Prüfung auf seine Entflammbarkeit zu unterziehen ist. Das Petroleum, das in Pöfen gebrannt wird, wird wohl ausschließlich über Stettin in Gebinden bezogen, die den Stempel „Stettiner Petroleum-Vörse — Reichsteil“ und „Deutscher Reichsteil“ tragen, und ist schon in Stettin vorchriftsmäßig auf seine Entflammbarkeit geprüft worden. Da in der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten diese beiden Stempel jedoch nicht unter den Stempeln aufgeführt sind, welche die mit ihnen versehenen Originalgebinde von der Prüfung auf die Entflammbarkeit des Petroleum durch die Polizeiverwaltungen befreien, hat die Handelskammer den Herrn Regierungspräsidenten ersucht, baldigst verfügen zu wollen, daß dies geschieht.

* Der Kaufmännische Verein hatte am Sonnabend Abend, den 16. cr., in Dümkes Salonade einen Weihnachtsabend veranstaltet, welcher sich einer regen Theilnahme zu erfreuen hatte. Nach Abfindung des Weihnachtsliedes „Stille Nacht“ bei einem prächtig geschmückten und hell strahlenden Weihnachtsbaume sprach Herr R. Schulz über „Weihnachten“ in sozialer Hinsicht und begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder. Solo- und Chor- gesänge, Vorträge und Vertheilungen wechselten dann ab; die Erscheinungen blieben bis zu später Stunde in heiterster Stimmung zusammen.

* Personalien von der Post. Der hiesige Oberpostdirektor Komfode ist auf längere Zeit mit der Leitung der Oberpostdirektion in Frankfurt a. M. beauftragt worden und gestern dahin abgereist. Der Postassistent Müller von dem Postamt 1 in Pöfen übernimmt vom 1. Februar die Postdirektorstelle in Sucht. Thür.

* Anzeigen und Verurtheilungen wegen Thierquälerei. Zusammenstellung der in der Zeit vom 1. April bis 10. Dezember d. J. in der Stadt Pöfen und in den zum diesseitigen Postbezirk gehörenden ländlichen Ortschaften wegen Thierquälerei erfolgten Anzeigen. Es wurden Strafzettel eingereicht: Weib Pferde mit offenern Wunden eingepannt waren 8; weil abgetriebene Pferde durch Peitschenhiebe gemißhandelt wurden 10; weil Feder- vögel an den Füßen zusammengebunden war 15; wegen Tragen von Federhüten an den Füßen bzw. an den Flügeln 28; wegen sonstiger grober Mißhandlungen von Thieren 21; überhaupt 82 Anzeigen.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 18. Dez. Der Hamburger Senat hat die Sperre seines Staatsgebiets gegen den Durchgang russischer Auswanderer für solche Auswanderer dieser Nationalität aufgehoben, welche mit Fahrkarten für die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft versehen sind und die Desinfektion und Kontrollstation in Ruheleben bei Spandau passiert haben.

Hamburg, 18. Dez. Im Laufe der heutigen Verhandlung im Fahrartenprozeß wurde nach Beendigung der Vernehmung die von der Verteidigung aufgeworfene Frage der Bereidigung der Zeugen Kriminalkommissarius Zillmann und Schutzmann Winter geprüft. Nach zweistündiger Verathung verkündigte der Gerichtshof den Beschluß, Zillmann zu vereidigen, von einer Vereidigung Winters hingegen abzusehen, da Verdacht vorliege, daß er den Schaffnern Geld angeboten habe und die Strafprozeßordnung Ausnahmen nicht mache. Hieraus folgten die Ausführungen des Staatsanwalts. Derselbe beantragte für die am Schwersten belasteten Schaffner unter Ausschluß mildernder Umstände 15 Monate bis 5 Jahre Zuchthaus, gegen die anderen 6 Wochen bis 5 Monate Gefängniß, gegen die theilhaftigen Viehhändler 4 Monate bis 1 Jahr Gefängniß und außerdem Geldstrafen in Höhe von 400 bis 2500 Mark. Morgen beginnen die Plaidoyers der Verteidiger.

Wien, 18. Dez. Wie die Abendblätter melden, hat der Kaiser dem Professor Wommsen in Berlin das Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Peft, 18. Dez. Das Oberhaus nahm das Budget in der Generaldebatte an. Der Ministerpräsident Bekerle erklärte bezüglich der Salutaregulierung, er habe sowohl in Bezug auf die Durchführ- ung als auch in Bezug auf den Zeitpunkt dieselbe Anschauung wie zur Zeit der Inangriffnahme der Operation und werde behufs momentaner Scheinerfolge nicht zu gewaltsamen Mitteln greifen. Einzelne nachtheilige Erscheinungen könnten durch solche Mittel nicht beseitigt, sondern nur im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung dauernd gelöst werden.

Rom, 18. Dez. Zu Unterstaatssekretären wurden ernannt die Deputirten: Salandra, Finanzen, Dario, Justiz, Antonelli, Auswärtiges, Constantin, Unterricht.

Palermo, 18. Dez. Gestern Abend wurde von dem „Arbeiterbund“ in Monreale eine Kundgebung unter den Rufen: „Nieder mit der Stadtverwaltung! Nieder mit der Verzehrungssteuer!“ veranstaltet. Nachdem die Manifestanten einige Polizeiwächter mißhandelt und mehrere Steuerhäuser in Brand gesteckt hatten, trieben Polizei und Militär die Manifestanten auseinander und nahmen einige Verhaftungen vor. Die Manifestanten bestürmten darauf die Kaserne, um die Verhafteten zu befreien. Im Handgemenge wurden ein Sergeant der Versagler, zwei Gendarmen und zwei Versagler leicht verwundet, zwölf Manifestanten verletzt. Die bewaffnete Macht enthielt sich des Schießens. Die Verhafteten, deren Zahl 32 beträgt, wurden in der Nacht nach Palermo verbracht. Heute Vormittag wurde die Manifestation unter Hochrufen auf den König und die Königin und unter dem Rufe: „Nieder mit der Verzehrungssteuer“ erneuert,

aber ohne Kampf zerstreut. Der „Arbeiterbund“ von Villapioppo verband sich mit der Manifestation von Monreale und versuchte die Fahne des Bundes auf dem Balkon der Bürgermeisterei aufzuhissen, was Dank der verständlichen Dazwischenkunft von Offizieren und Polizeibeamten verhindert wurde. Nach Monreale wurden Verstärkungen geschickt. Der Bürgermeister von Monreale wurde abgesetzt und vor Gericht gestellt.

Paris, 18. Dez. (Senat.) Die Gesetzentwürfe über den Verkehr mit Explosivstoffen und über die Vereinigungen mit verbrecherischen Tendenzen wurden ohne Diskussion angenommen.

Paris, 18. Dez. [Kammer.] In der Debatte über die Nachtragskredite erhob Pelletan Widerspruch gegen deren unaus- gesehtes Anwachsen trotz der Versprechungen der Regierung. (Beifall auf der äußersten Linken.) Finanzminister Burdeau erwiderte, die Nachtragskredite würden 1893 nur die Höhe von 65 Millionen Francs erreichen, während dieselben in den vorhergehenden Jahren 120 Millionen Francs überstiegen hätten; es sei also eine Besserung und die Hoffnung vorhanden, sie gänzlich schwinden zu sehen. Die Lage sei keineswegs be- drohlich. Pelletan beantragte hierauf die Verweisung der Nach- tragskredite an eine Kommission, wogegen der Finanzminister Ein- spruch erhob. Der Antrag wurde abgelehnt. Hierauf erfolgte die Annahme der Nachtragskredite mit 358 gegen 128 Stimmen.

Paris, 18. Dez. Der Deputirte de Mahy hat, von Ge- sinnungsgegnern unterstützt, einen Antrag eingebracht, daß im Bereiche von Befestigungen, militärischen Posten und Seehäfen in Frankreich, in den französischen Kolonien und Schutzgebieten nie- mals von Ausländern Terrain erworben werden dürfe.

Paris, 18. Dez. In Folge von Drohbriefen wurden die Bogenöffnungen der Galerie des ersten Stockwerkes im Börsenpalais durch ein engmaschiges Gitterwerk abgesperrt, um zu verhindern, daß irgend etwas in den Börsensaal geworfen wird. Auch die Wächterposten sind verstärkt worden.

Paris, 18. Dez. Den Abendblättern zufolge soll das bei dem Anarchisten Merigau vorgefundene Pulver vom Chef des Ge- meindelaboratoriums als ein sehr gefährliches Sprengmittel erkannt worden sein.

Amiens, 18. Dez. Gestern wurde bei dem Central- Polizeikommissariat eine Bombe aufgefunden, deren Zünder abgebrannt war ohne eine Explosion herbeizuführen.

London, 18. Dez. [Unterhaus.] Der Staatssekretär des Innern, Asquith, erklärte, daß die von verschiedenen Rednern in den Versammlungen der Arbeitslosen gehaltenen heftigen anar- chistischen Ansprachen den Gegenstand der Untersuchung und Er- wägung der Regierung bilden; den Beschluß der Regierung hierüber könne er erst in einigen Tagen mittheilen. Der Premier- minister Gladstone theilte mit, daß Gerals Portals Berichte über Uganda vollendet und dem auswärtigen Amte zugestellt seien, doch habe bisher kein Minister in dieselben Einsicht genommen. Der Staatssekretär des Krieges, Campbell-Bannerman, gab die Erklä- rung ab, daß die in Frankreich mit elektrischen Edison-Torpedos vorgenommenen Versuche von der Regierung verfolgt wurden; die Regierung sei jedoch der Ansicht, daß jene Torpedos nicht die Vor- theile der in England eingeführten in sich vereinen.

Belgrad, 18. Dez. Der Finanzausschuß hat die Prüfung des Budgets beendet und wird seinen Bericht morgen der Stupischina vorlegen. Der Gesandtschaftsposten in Athen ist gestrichen worden.

Newyork, 18. Dez. Nach einer Meldung des „New- York World“ aus Pernambuco vom 17. d. Mts. ist der bra- silianische Kreuzer „Niteroy“ am Mittwoch hier eingetroffen und der brasilianischen Regierung am 16. d. Mts. zur Verfü- gung gestellt. Der Dampfer erhielt Befehl, am 19. d. Mts. in südlicher Richtung abzusegeln.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pol. Stg.“

Berlin, 19. Dezember, Morgens.

In Wiesenthal bei Berlin ist eine Erkrankung an Genickstarre konstatirt worden. Ein Arbeiter, welcher daran erkrankte, ist gestorben.

Die Gräfin Blücher ist von Biebow nach Italien abgereist. Ihr gegenwärtiger Zustand hat eine Entfernung aus den Räumen, in denen sie von einem so schweren Unglück heimgesucht wurde, Attentat des Gärtners auf ihren Gemahl) nothwendig gemacht.

Aus Löbau in Sachsen wird gemeldet: In Seif- hennersdorf treten die Pocken epidemisch auf. Es wurden bereits zahlreiche Fälle konstatirt. Die Einschlep- pung der Krankheit soll durch böhmische Fabrikarbeiter er- folgt sein.

Ein Angestellter des Bankhauses Hardy & Comp. in London ist nach Unterschlagung von ungefähr 400 000 M. flüchtig geworden.

Nach Meldungen aus Buenos-Ayres, ist die An- legung eines Kriegshafens auf der Insel Bahía Blanca beschlossen worden. — In Katamarca sind goldhaltige Lagerungen entdeckt worden.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 18. Dez. Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. Dez.

Aktiva.			
1) Metallbest.	(der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1892 M. berechnet	889 519 000	Sum. 10 280 000
2) Bestand an Reichsbank- scheinen		24 819 000	Abn. 96 000
3) Bestand an Noten anderer Banken		8 986 000	Abn. 1 205 000
4) Bestand an Wechseln		514 180 000	Abn. 9 885 000
5) Bestand an Lombardforde- rungen		99 677 000	Sum. 4 918 000
6) Bestand an Effekten		5 800 000	Sum. 427 000
7) Bestand an sonst. Aktiven		53 605 000	Sum. 10 296 000
Passiva.			
8) das Grundkapital		120 000 000	unverändert
9) der Reservefonds		30 000 000	unverändert
10) der Betr. der umlaufenden Noten		948 817 000	Abn. 2 798 000
11) die sonst. tägl. fälligen Ver- bindlichkeiten		431 750 000	Sum. 17 801 000
12) die sonstigen Passiva		2 327 000	Sum. 1 283 000

W. B. Berlin, 18. Dez. In der Instruktion für die Zahlung für fünfprozentige italienische Rente

im Auslande sowie für dreiprozentige Eisenbahn- Obligationen vom 1. Januar 1894 ab heißt es: Die Zahlung der Kupons wird abhängig gemacht von der Vorlegung der Titres, von welchen die einzulösenden Kupons abgetrennt werden müssen und von der Unterzeichnung einer ehrenwörtlichen eidesstattlichen Erklärung, in welcher konstatirt wird, daß die zur Einlösung präsentirten Kupons oder Titres keinem italienischen Staatsangehörigen gehören, und daß weder in Italien domicilirte Privatpersonen, noch auch Creditanstalten oder andere Gesellschaften mit dem Sitze in Italien an denselben ein direktes oder indirektes Interesse haben. Die Konstatierung der Erfüllung dieser Formalitäten ist über- tragen worden in Berlin den Delegirten des Schatzministeriums bei den Bankhäusern S. Bleichröder, Mendelssohn u. Co. und Robert Warshawsky u. Co. sowie bei der Deutschen Bank, der Diskonto- Gesellschaft und der Berliner Handels-Gesellschaft, in Hamburg, Köln, Dresden, Frankfurt a. M. und München den italienischen Konsuln oder den Delegirten des Schatzministeriums. Zur Er- leichterung der Erfüllung der vorgeschriebenen Formalitäten wird den Inhabern der Titres gestattet, sich der Vermittelung der in Deutschland domicilirten Banken und Banquiers zu bedienen. Dieselben, wenn sie den italienischen Delegirten oder den an den genannten Orten wohnhaften italienischen Konsuln die Kupons mit den entsprechenden Titres zur Einlösung oder die zur Zahlung zugelassenen Titres präsentiren, können von der Verpflichtung, selbst die eidesstattliche Erklärung zu unterzeichnen, entbunden wer- den, die Befreiung wird jedoch an die Bedingung geknüpft, daß die Inhaber der Kupons oder Titres, welche sich der Vermittelung der Banken oder Banquiers bedienen, vorher die erwähnte ehrenwörtliche Erklärung unterzeichnen und daß die Echtheit der Unterschrift in vorchriftsmäßiger Weise von den nach den deutschen Gesetzen dazu befugten Behörden bescheinigt wird. Die im italienischen Amtsblatt vom 23. Oktober 1893 enthaltene Bestimmung, daß die Zahlung von italienischen Rentenkupons im Auslande der Stempel- pflicht (mit dem Stempel des Aufenthaltslandes des Rentenbesizers) unterliegt, wird durch die Instruktion aufgehoben. Wenn die oben erwähnte ehrenwörtliche Erklärung fehlt, werden die Renten- kupons und Titres in Deutschland in Markt, aber zum italienischen Wechselkurs bezahlt. Als Wechselkurs gilt dabei die Börsennotiz des vorhergehenden Tages. Dieselbe Bestimmung gilt bei Kupons- zahlung oder Rückzahlung der Titres an italienische Staatsangehörige im Deutschen Reich. Italienische Wohltätigkeitsanstalten und Unter- stützungsvereine werden, nach Beibringung einer entsprechenden Bescheinigung des kompetenten italienischen Konsuls, von den für Italiener geltenden Bestimmungen der Instruktion ausgenommen. Die bei der Reichsbank deponirten Titres brauchen bei der Kuponszahlung nicht vorgezeigt zu werden, sofern die Reichs- bank selbst die Entlastung der Kupons oder Titres besorgt und die Hinterleger nicht italienische Staatsangehörige sind. Bei der Vorweisung der Kupons oder Titres zur Zahlung sind jedesmal zwei Verzeichnisse derselben einzureichen, von denen das eine an der betreffenden Zahlungsstelle verbleibt, während das andere an das italienische Schatzamt eingesandt wird.

** Wien, 18. Dez. Ausweis der österr.-ungarischen Bank vom 15. Dezember.

Notenumlauf	461 986 000	Sum.	1 702 000	Fl.
Silbercourant	160 943 000	Abn.	3 000	"
Goldbarren	101 991 000	Sum.	67 000	"
In Gold zahlb. Wechsel	13 830 000	Abn.	12 000	"
Portefeuille	151 095 000	Abn.	3 146 000	"
Lombard	32 206 000	Sum.	3 372 000	"
Hypotheken-Darlehen	125 248 000	Abn.	68 000	"
Pfandbriefe im Umlauf	120 204 000	Sum.	421 000	"
Steuerfreie Notenreserve	40 649 000	Abn.	1 187 000	"

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 7. Dez.

Marktberichte.

Bromberg, 18. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 180—185 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—116 M., geringe Qualität 108—111 M. — Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 150—160 M.

Marktpreise zu Breslau am 18. Dezember.

Festsetzungen der städtischen Markt- Notirungs-Kommission.		gute		mittlere		gering. Waare	
		Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weicher	pro	13 90	13 70	13 40	13 10	12 30	11 80
Weizen, gelber		13 80	13 60	13 30	13 10	12 30	11 80
Roggen	100	12 20	11 90	11 70	11 50	11 20	10 90
Gerste		15 80	15 20	14	13	12	10 50
Hafer	100	15 60	15 20	14 20	13 70	13 50	13 20
Erbsen		16	15	14 50	14	13	12
		feine	mittlere	ord. Waare.			
Maß		22	20,80	19,80	Markt.		
Wintererbsen		21,80	20,70	19,70	=		

Breslau, 18. Dez. (Amtlicher Produktensbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Pfd. — Gefündigt — Btr., abgelau- fene Ründigungsheine —, p. Dez. 122,00 Gd. Hafer p. 1000 Pfd. — Gefündigt — Btr., p. Dez. 153,00 Gd. Hafer p. 1000 Pfd. — Gefündigt — Btr., p. Dez. 47,50 B. April-Mai 48,00 B. Sink ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Pöfen im Dezember 1893.

Datum	Barometer auf 0	W. ind.	Wetter.	Temp.
Stunde	66 m Seehöhe.			l. Gest. (Grad.)
18. Nachm. 2	765,1	SD leicht	bedeckt	+ 3,8
18. Abends 9	764,2	SD frisch	bedeckt	+ 3,2
19. Morgs. 7	760,7	SD mäßig	bedeckt	+ 0,8
Am 18. Dez.		Wärme-Maximum	+ 4,9° C.	
Am 18. =		Wärme-Minimum	+ 1,9°	

Wasserstand der Warthe.

Pöfen, am 18. Dez. Morgens 1,24 Meter
" " 18. " Mittags 1,28
" " 19. " Morgens 1,36

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 18. Dez. [Zur Börse.] Die „Nat.-Stg.“ berichtet: Die Stimmung der heutigen Börse wich in keiner Weise von der ab, die in den letzten Tagen vorgeherrschte hat. Eine strenge Zu- rückhaltung wurde auf allen Gebieten beobachtet aus Mangel an eigener Initiative sowohl als an Impulsen von auswärts. Nament- lich zeigt sich Wien nicht mehr in der Lage, vorwärts zu schreiten. Die Rede des Finanzministers v. Plener scheint abtöhlend gewirkt zu haben. Angeblich namentlich der Passus der Rede, worin die Nothwendigkeit einer Hochhaltung des Diskonts betont wird, um fremdes Kapital anzuziehen. Vielfach wurde heute von den Be- stimmungen des Affidavits gesprochen. Die Centralbanken Europas sind dabei in hohem Grade beunruhigt, aber man glaubt doch, daß auch bei den bisherigen Zahlungsstellen Erleichterungen erlangt werden.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Decker u. Co. (A. Höstel) in Bosen.